

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 62

Dienstag, den 3. März 1936

Jahrgang 1936

Neuer Friedensvermittlungsversuch in Genf.

Der 13er-Ausschuß des Völkerbundsrats zu diesem Zweck einberufen.

Die Sanktionsfrage in den Hintergrund gerückt.

Genf, 2. März.

Der 13er-Ausschuß der Sanktionskonferenz nahm Montag um 16 Uhr in Anwesenheit des englischen und des französischen Außenministers seine Arbeiten in einer nicht öffentlichen Sitzung wieder auf. Er beschloß sich zunächst mit der Durchführung der bestehenden Sanktionen. Der schwedische Vertreter Westman erklärte als Vorsitzender des hierfür geschaffenen Sachverständigenausschusses den Bericht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung

regte der französische Außenminister Lalande an, dem Krieg in Abessinien möglichst bald durch einen Verständigungsversuch ein Ende zu bereiten. Zu diesem Zweck solle der 13er-Ausschuß des Völkerbundsrates, d. h. der Rat ohne die streitenden Parteien, alsbald einberufen werden.

Der englische Außenminister Eden stimmte diesem Vorschlag zu, und der Zusammentritt des 13er-Ausschusses wurde bereits für Dienstag in Aussicht genommen. Es bleiben noch die Formalitäten seiner Einberufung zu regeln, da der 13er-Ausschuß als Organ der Sanktionskonferenz hierzu keine Befugnis hat.

Die Sanktionsfrage soll auf Grund der Sachverständigenberichte inzwischent weitergeprüft werden.

Für den Fall, daß die neuen Sanktionsbemühungen zu keinem Erfolge führen, hat Eden in der heutigen Sitzung angekündigt, daß England der Petroleumpumpe zukünftig werde, falls die für die Erzeugung und den Transport maßgebenden Länder sich daran beteiligen.

Der Antrag des neuen Sanktionsversuches ging eine längere Unterredung Edens mit Lalande und Paul-Boncour voraus. Eden hatte die beiden französischen Minister sofort nach seiner Ankunft in Genf aufgefordert. Es ging weiter voraus eine Unterredung Edens mit dem Vorsitzenden des 13er-Ausschusses, Bascomello, und anschließend ein gemeinsames Mittagessen der englischen und französischen Hauptvertreter.

Die Sanktionsfrage ist jetzt natürlich in den Hintergrund getreten; immerhin wurde heute noch davon gesprochen, daß man die von privater Seite kürzlich vorgeschlagene Schließung der Häfen für italienische Schiffe prüfen lassen wolle. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß eine am 23. Febr. d. Js. von dem Büro der internationalen Vereinigung der Völkerbundsstaaten gefasste Entschließung, in der die Schließung der Häfen für die italienischen Schiffe, das Verbot aller Ausfahrten nach Italienisch-Somaliland und Eritrea usw. gefordert werden, Montagmittag im Wortlaut vom Völkerbundssekretariat veröffentlicht worden ist. In englischen Kreisen hört man die Auffassung, daß in Ermangelung eines Antrages einer Regierung der Völkerbunds des 13er-Ausschusses auf diese Entschließung zurückgreifen könnte, um den Ausschluß mit dieser Frage zu befaßen.

Zu der ersten Botsprechung zwischen dem französischen und dem englischen Außenminister in Genf berichtet Savas, es sei am Montagvormittag fast ausschließlich

Der französische Frontkämpferführer Pidot über die deutsch-französische Verständigung.

Interview mit unserem Pariser Korrespondenten.

(Siehe 2. Seite)

der italienisch-äthiopische Streit und die Arbeit des 13er-Ausschusses verhandelt worden. Die englischen und die französischen Minister seien der Ansicht, daß man für den Augenblick die Frage einer Verschärfung der Sanktionsmaßnahmen beiseite lassen müsse, um eine günstige Entwicklung der Verhandlungen zu ermöglichen. In internationalen Kreisen machten sich zwei Strömungen geltend. Die eine suchte den Erfolgen der italienischen Truppen in Abessinien keine besondere Bedeutung beimessen und wollte diese bei den Beratungen des Völkerbunds nicht besonders in Rechnung stellen. Die andere Strömung sei, daß die römische Regierung auf

Grund der Erfolge in Nordafrika den Wunsch haben könnte, sie auf das diplomatische Gebiet zu übertragen und in Genf eine Verständigungsgrundlage zu suchen. Eine solche Haltung der römischen Regierung ließe sich aber eher erraten, als daß sie Gestalt angenommen hätte. Sie müßte daher erst noch verdeutlicht werden. Man rechne in Genf damit, daß die italienische Regierung ihre Forderungen bestimmter angeben werde.

In Übereinstimmung mit dem „Petit Parisien“ und dem Londoner Berichterstatter des „Figaro“ meint die Außenministerin des Pariser „Devoir“, daß die Hauptaufmerksamkeit der Genfer Verhandlungen nicht den Sanktionsmaßnahmen, sondern anderen Botsprechungen gelte, für die es an Gesprächsstoff nicht fehle. Das „Figaro“-Interview interessiert die französische und die englische Regierung. „Devoir“ nimmt an, daß auch die Möglichkeit einer Beanpruchung des französisch-sowjetrussischen Pakt durch Deutschland zwischen Eden und Lalande erörtert wurde. Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ meint, man sei dort sehr gespannt, welche Rückwirkungen auf die Genfer Verhandlungen die diplomatischen Botsprechungen von Paris, die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Vertrages und vielleicht sogar die Ankündigung einer möglichen Entspannung mit Deutschland haben könnten. Angesichts der allgemeinen Ungewißheit müsse man jedoch in Genf einer Festlegung der französisch-englischen Solidarität größte Bedeutung bei, da eine solche mehr und mehr als die beste Friedensgarantie erscheine.

Drei große Ziele der neuen sozialen Ordnung.

Neue Wege der Berufserziehung, Schaffung vernünftiger Arbeitsmethoden und Herbeiführung eines gesunden Arbeitsverhältnisses.

Messekundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

DNB Leipzig, 2. März.

Zum dritten Male veranstaltete die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP aus Anlaß der Leipziger Messe eine große Kundgebung. Die Halle, in der auch die großen Reichstagsreden der DAF stattfanden, war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Die außergewöhnliche Bedeutung der Kundgebung kam in der Unwesenheit zahlreicher Ehrengäste zum Ausdruck. An ihrer Spitze waren Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, Reichsstatthalter Mutschmann und der leitende Wirtschaftsmannschaftsleiter Dr. Ley sowie Vertreter des diplomatischen und konsularischen Korps anwesend.

Wirtschaftsminister Lent eröffnete die Kundgebung mit Willkommensgrüßen der sächsischen Regierung und der Leipziger Messe.

Anschließend sprach der Vorsitzende der Wirtschaftskommission Bernhard Röhrer.

Als letzter Redner sprach der Leiter der Deutschen Arbeitsfront,

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley.

Eintleitend führte er aus, daß die riesige Leistungsfähigkeit der Leipziger Messe die deutsche Arbeit in ihrer Fähigkeit zeige wie nirgendwo anderswo. Gleichzeitig zeige diese Schau den Weg, wie das deutsche Volk sich den Platz an der Sonne, auf den es ein Anrecht habe, wieder erobern wolle, nicht mit Waffen, Kanonen und Maschinengewehren, sondern mit seiner Leistung. Wir haben, erklärte Dr. Ley, keine Schätze, wie die übrigen Völker. Wir haben aber den schöpferischen lauffähigen Geist, und er ist das einzige, aber auch unerlöschliche Kapital, das wir einsetzen können. Es zu fördern und zu hüten, ist unsere große Aufgabe. Deshalb haben wir uns in unserer sozialen Ordnung drei große Ziele gestellt.

Erstens wollen wir dem deutschen Menschen eine ausgezeichnete Berufserziehung geben, der ungelernete Arbeiter in Deutschland muß verschwinden. Sodann wollen wir vernünftige Arbeitsmethoden schaffen und schließlich ein gesundes Arbeitsverhältnis unter den deutschen Menschen herbeiführen.

Zur Frage der Berufserziehung stellte Dr. Ley den Grundgedanken auf, es müsse jeder Deutsche in die Lage versetzt werden, ein Handwerk oder einen Beruf erlernen zu können. Wirtschaftliche Not dürfe nicht die Menschen dazu zwingen, schon von früher Jugend an als Hilfsarbeiter tätig sein zu müssen, vielmehr solle der jugendliche Mensch eine Lehrzeit durchmachen. Der Ausbildung für ein Fach müsse eine gründliche allgemeine Ausbildung vorangehen. Das Spezialstudium könne erst dann einsetzen, wenn der junge Mensch ein Fundament habe. Nach zwei Jahren würde der Lehrling in die Industrie übergehen und in Lehrlingswerkstätten seinem besonderen Fach übergeben werden. Mit der Durchbildung und Durchführung dieses Prinzips werde der deutsche Arbeiter zum besten Facharbeiter der Welt werden.

Mit allen Mitteln werde er, so erklärte Dr. Ley, unterbinden, daß Lehrlinge, die zwei Jahre im Handwerk tätig waren, durch gewisse Bedingungen in die Industrie übernommen und dann als Hilfsarbeiter weiterbeschäftigt werden. Die Zeit sollte keine reine Zeit, sondern ein Zeitraum sein, in dem der Lehrling, der in lauffähigen

Italien wartet ab.

DNB Rom, 2. März.

In politischen Kreisen wird zu den Genfer Verhandlungen erklärt, daß eine Verschärfung der Sanktionen unbedingt Italien dazu veranlassen müßte, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um auf eine derartige Veränderung der Lage zu antworten.

Ueber die Möglichkeit der Einleitung zu Friedensverhandlungen angesichts der entscheidenden italienischen Waffenerfolge äußert man sich zurückhaltend und abwartend. Man betont, daß Italien selbstverständlich keinerlei Interesse daran haben könnte, von sich aus derartige Vorschläge einzubringen. Falls sie von anderer Seite vorgelegt würden, wären sie unter Umständen, wenn sie nämlich sämtliche italienischen Ansprüche berücksichtigten, annehmbar. Selbstverständlich gingen die italienischen Bedingungen jetzt sehr viel weiter als vor wenigen Monaten. Ueber das Maß der italienischen Forderungen will man jedoch keine Angaben machen, sondern betont, daß Italien nicht sonderlich darauf bedacht sei, diese Frage anzuführen. Als entscheidend wird die Ladung empfunden, daß vier abessinische Armeen, deren jede man hier auf mindestens 40 000 Mann schätzt, vernichtet geschlagen werden konnten. Seltens will man hier nicht an irgendeine Beeinflussung der Kriegshandlung durch die kleine Regierung glauben.

Das deutsche Siedlungswerk.

Die Vandroberungen, die die Kolonnen des Arbeitsdienstes mit Hade und Spaten in friedlichem Kampf durchführen, haben im Norden unseres Reiches an der Küste Schleswig-Holsteins bereits zu den ersten großen Erfolgen geführt. Dem Dithmarscher Land vorgelagert, ist unweit der kleinen Stadt Warno in jähiger Arbeit vieler Monate dem Meer ein Gelände von 1330 Hektar fruchtbringender Erde abgerungen worden, das als das erste unter dem Patentreugbanner gewonnene Neuland den Namen „Adolf-Hitler-Roog“ erhalten hat. Schon heute ist die weite Fläche, über die noch vor wenigen Jahren die Flut hinwegbrauste, bedeckt mit weiten Feldern, zwischen denen sich die im schleswig-holsteinischen Stil erbauten Bauernhäuser erheben. Der Umgebung angepaßt, ist hier eine sogenannte „Gemischtsiedlung“ entstanden, zu deren 61 Erbbauernhöfen je 12 bis 20 Hektar zu bewirtschaften Land gehören. Zu den Bauern, deren Geschlechter hier sehaft sein werden, gesellen sich noch 82 Landarbeiter- und Handwerkerfamilien hinzu. Damit ist nicht nur alles vorhanden, was ein Großdorf benötigt, sondern gleichzeitig auch durch die Vereinigung von Bauern und Arbeitern der neuen Volksgemeinschaft sichtbarer Ausdruck verliehen.

Der Adolf-Hitler-Roog gilt als der Beginn des umfangreichen schleswig-holsteinischen Zehnjahresplanes, nach dessen Vollendung 4000 Morgen Neuland dem alten Lande angegliedert sein werden. Was diese Planung für die Ernährung unseres Volkes auf eigener Scholle bedeutet, geht aus der Ladung hervor, daß ein einziger Roog von der Größe des Adolf-Hitler-Rooges in der Lage ist, eine Stadt von 3000 Einwohnern mit Brotgetreide zu versorgen. Würdlich dieses Siedlungswerkes ist indessen bereits im Kreis Eiderstedt als zweiter Abschnitt der „Germania-Gründungs-Roog“ seiner Bestimmung übergeben worden, der 600 Hektar Land umfaßt.

Mit der gleichen Energie wie aus dem Meer hat der Arbeitsdienst aus den bisher ungenutzten Moor- und Sumpfgebieten neuen Boden erschaffen lassen. Es sei beispielsweise nur an die Entwässerung der Ems-Landmoore in Ostfriesland erinnert, durch die beträchtliche Neulandgebiete in fruchtbare Ackerbau umgewandelt werden, oder an die Neulandgewinnung im Havel- und Havelnfluß in der Mark Brandenburg bei Jechbellin.

Bei der Neuordnung des deutschen Lebensraumes gilt es in der gleichen Weise wie für den Bauern auch die Lebenshaltung des Arbeiters sicherzustellen. Die Siedlungen, die heute für das deutsche Arbeiterium im Entstehen begriffen sind, sollen dem Vorkriegsstand eine gesunde Bewegung geben, eine bessere Ernährung aus der Garten- und Kleintierhaltung gewähren und ihn durch den Gewinn eines Besitzes zum selbstständigen Menschen werden lassen. Auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht ist der Siedlungsgedanke von höchstem Wert, wird doch durch eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse die Begründung gesunder, linderreicher Familien ermöglicht. In anderthalbjähriger Tätigkeit hat das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront bis Ende des Jahres 1935 insgesamt 77389 Siedlerstellen, 8688 Eigenheime und 10892 Gefühlswohnungen fertiggestellt. Diese annähernd fast hunderttausend Wohnungseinheiten bedeuten eine Baufumme von mehr als einer halben Milliarden Reichsmark. Es ist vorgezogen, daß in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren vier Millionen Heimstättenwohnungen geschaffen werden müssen.

Die rund 1000 Stellen zählende Dr. Ley-Siedlung, die durch das Reichsheimstättenamt im Bergbaubereich des Ruhrgebietes geschaffen worden ist, soll den Arbeiter wieder mit dem Boden verwurzeln und ist deshalb in ihrer Gestaltung richtungweisend für das gesamte Arbeiter-Siedlungswesen. In der schönen, freien Natur errichtet, liegen die Siedlerstellen nur soweit von den Arbeitsstätten ihrer Bewohner entfernt, daß sie leicht zu erreichen sind. Um dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, den Hauptteil seines Nahrungsmittelbedarfs aus eigenen Erträgen zu decken, werden ihm neben den 1000 bis 1200 Quadratmetern Land, die am Hause liegen, noch 400 bis 600 Quadratmeter Ackerland als Weide oder Weide zur Verfügung gestellt. Während der Arbeiter im Ackerbau beginnt, so ist ein durchschnittliches Ackerstück von 24 Hektar zu zahlen hatte, erniedrigt sich die Summe für den Siedler auf monatlich 18 bis 19 Mark und nach dreijähriger Bewährungszeit geht die Stelle in seinen Besitz über.

Besonders wichtig ist die Durchführung der Arbeiterfiedlung im Gaugebiet Saarpfalz, da sich hier allein im Jahre 1935 etwa 12 000 Arbeiter um eine Siedlerstelle beworben haben. Am Tage der Saarbefreiung 1936 gab der Leiter des Gauheimstättenamtes bekannt, daß ein Siedlungsplan in Angriff genommen werde, der die jährliche Errichtung von 4000 Stellen vor-

feht. In Ostpreußen wurden bis Ende 1935 annähernd 8421 und in Schleswig-Holstein 1281 Stellen abgegeben. Für Mitteldeutschland wurde für das Baujahr 1935/36 ein Arbeitsprogramm begonnen, das 1520 Stellen umfasst. Besonders groß sind die Vorhaben in den Gauen Schleswig-Holstein, Sachsen, Hannover, Magdeburg-Anhalt, Düsseldorf und Baden.

In diesem Zusammenhang darf auch das Siedlungswerk der NS-Riegsoffizierverbände nicht vergessen werden, das bisher 3084 Siedlungsstellen ins Leben gerufen hat, die zusammen einen Wert von 18,5 Millionen Mark ausmachen. Diese Leistung erscheint besonders beachtenswert, wenn man bedenkt, daß die Mittel für dieses Siedlungswerk aus den Mitteln der Reichsregierung der NSDAP bereitgestellt werden müssen.

In vielfältiger Art ist das Siedlungswerk des neuen Deutschland segnungsfähig. Durch Urbarmachung und Neugewinnung von Land erhalten un-

gezählte Tausende von Menschen auf viele Jahre hinaus Arbeit, der Boden unseres Vaterlandes nimmt an Größe und wird nutzbar gemacht, wo vor dem Weltkrieg war. Die Erhöhung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung trägt bei zur Erreichung der Nahrungsmittelfreiheit, die Errichtung neuer Bauernhöfe und Wohnstätten gibt einer zahlreichen Industriebeschäftigung und hilft gleichzeitig der Gefahr von Wirtschaftskrisen vorbeugen. Der deutsche Arbeiterstand wird wirtschaftlich gehoben und ein neues deutsches Bauerntum erstet auf neuem Boden. In der Verwirklichung der wahren Volksgemeinschaft erlebt die deutsche Heimat den fortschreitenden Aufbau, bis die Worte einmal erfüllt sein werden, die der Führer dem deutschen Siedlungswerk als Richtschnur gegeben: „Galtet das Reich nie für gesichert, wenn es nicht auf Jahrzehnte hinaus jedem Spross unseres Volkes sein eigenes Stück Grund und Boden zu geben vermag! Vergeht nie, daß das Reich, welches das Heiligste ist, das Recht auf die Erde ist, die man selbst bebauen will!“

H. W. L.

Interview mit dem Frontkämpferführer Pichot.

Die französischen Kriegsteilnehmer wünschen die deutsch-französische Verständigung.

„Eine befriedigende Lösung muß möglich sein.“

Von unserem Pariser Korrespondenten Raymond Hühner.

R. H. Paris, 1. März.

Wenn sich Henri Pichot als Präsident der Union Fédérale, der größten französischen Kriegsteilnehmerorganisation, für eine Verständigung mit Deutschland einsetzt, dann weiß man, daß dieser Mann im Auftrag von Millionen von Frontkämpfern handelt. Pichot ist mit dem Führer der Union Nationale, Jean Guon, einer der ersten in Frankreich gewesen, der die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere der beiden Frontkämpferorganisationen, erkannt hat. Im Sommer 1934 traf er zum ersten Mal mit dem Reichsführer der deutschen Kriegsteilnehmer Hanns Oberlindober in Wiesbaden zusammen. Einige Monate später (im Dezember) fuhr er nach Berlin, wo er vom Führer zu einer langen Besprechung empfangen wurde, die auf ihn wie ein Licht nach langer Verfinstung, einen tiefen Eindruck gemacht hat.

Die Union Fédérale hat ihren Sitz in der Nähe der Bastille. Man trifft dort Pichot nicht alle Tage an. Er wohnt nämlich nicht in Paris, sondern in Orléans, wo er heute noch als Geschichtspräsident tätig ist. Ich habe jedoch Glück, als ich im Büro der Union anrufe und um ein Interview bitte. Pichot ist gerade in Paris. Und eine Stunde später stehe ich schon in seinem Arbeitszimmer, das selbstständig einfach, aber zweckmäßig eingerichtet ist. Die militärische Note wird noch unterstützt durch einige Bilder von französischen Generalen.

Der Frontkämpferführer, der über fünfzig Jahre alt sein dürfte, begrüßt mich herzlich und bittet mich sofort, in einem Sessel Platz zu nehmen. Während ich meinen Notizblock aus der Tasche hole, durchblättert er die letzten Nummern der deutschen Frontkämpferzeitungen. Ein Artikel über die Schlacht von Verdun, deren 20. Jahrestag in diesen Tagen auch in Frankreich die Erinnerung an den Weltkrieg wieder wach rief, erregt seine besondere Aufmerksamkeit. Auf dem Schreibtisch liegen noch deutsche Zeitungen und Zeitschriften. Ein ganzer Stoh. Daraus sieht man schon, daß der Präsident der französischen Kriegsteilnehmer alles, was in Deutschland über die Frontsoldaten geschrieben wird, mit großem Interesse verfolgt.

Gleich im Anfang des Gesprächs (das vor dem Bekanntwerden des Interviews stattfand, das der Führer dem Vertreter des „Paris Midl“ gewährt hat) erfahre ich, daß Pichot mit den Verhältnissen im Reich gut vertraut ist. Er war schon vor 31 Jahren als junger Student in Deutschland. Man sieht sofort, daß seine Sympathien besonders für die Frontkämpfer und Kameraden „jenseits des Rheins“ groß sind. Seine Sprache ist gewandt und elegant. Es ist die Sprache des gebildeten und geistreichen Franzosen aus der Provinz, der tief in den demokratischen Institutionen der dritten Republik verwurzelt ist. Unpolitische Fragen, deren Lösung noch im Schoße der Zukunft begraben liegen, behandelt er mit großer Gelassenheit, ohne aber in die Unterhaltung das Raffinement eines Diplomaten hineinzutragen. Er verleiht aber auch gleichzeitig den Typ des französischen Frontkämpfers, der während des Krieges, wie übrigens seine schwere Verwundung zeigt, seine Pflicht gegenüber dem Vaterland bis zum äußersten erfüllt hat.

Ich bitte ihn im Verlauf des Gesprächs, zu der Entwidlung der deutsch-französischen Beziehungen Stellung zu nehmen. Pichot scheint diese Frage erwartet zu haben, denn er antwortet sofort, ohne einen Augenblick zu überlegen.

„Der europäische Frieden“, beginnt er, „hängt von der deutsch-französischen Verständigung ab. Das französische Volk weiß, daß Deutschland keine kriegerischen Absichten hat, zumal Hitler nach der Saarabstimmung feierlich erklärt hat, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Konfliktstoffe mehr gebe. Nicht aus die Frontkämpfer, sondern auch alle anderen Franzosen, schenken diesen Worten Hitlers volles Vertrauen.“

Es ist bedauerlich, daß aus diesen Friedensversicherungen des deutschen Reichsführers nicht schon die praktische Schlussfolgerung gezogen worden ist: nämlich die Bildung einer deutsch-französischen Entente. Nach seiner Ansicht sind die verschiedenen Auffassungen, die Deutschland und Frankreich heute noch von der Organisation des Friedens haben, das Haupthindernis auf dem Wege zur Verständigung.“

Pichot spielt hierbei auf die französische These der wechselseitigen Verständigung und die deutsche Auffassung der wechselseitigen Nichtangriffserklärungen an.

„Obwohl die Ansichten der deutschen und französischen Regierung über die Organisation des Friedens auseinandergehen und auf diesem Gebiete heute noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten herrschen,

so glaube ich doch“, fährt Pichot fort, „daß eine unsere beiden Länder gleichzeitig befriedigende Lösung gefunden werden kann.“

Wenn auch die Thesen der Friedensorganisation verschieden sind, so fallen die Interessen Deutschlands und Frankreichs letzten Endes doch zusammen. Die wahre Mission des alten Kontinents in der Welt kann nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Politik erfüllt werden, deren Grundlage die deutsch-französische Zusammenarbeit ist.“

In diesem Zusammenhang zieht Pichot die Rückkehr Deutschlands nach Genf in Verbindung mit einer Veränderung der Völkerbundstatuten in Betracht. Nach seiner Meinung muß das Reich in die allgemeine Sicherheitspolitik einbezogen werden.

„Wie stellen Sie sich, Herr Präsident, die von Ihnen eben angedeutete Lösung des deutsch-französischen Problems vor?“

Pichot macht eine kleine Pause. Er bläst nachdenklich den Rauch seiner Zigarette in die Luft. Vorherig kreist er die Worte ab. „Sehen Sie“, sagt er dann zu mir, langsam, Wort für Wort abwiegend:

„Es an die Ausarbeitung eines gemeinsamen deutsch-französischen Planes gedacht werden kann, müssen erst die zahlreichen Schwierigkeiten und Unklarheiten, die es noch zwischen den beiden Völkern gibt, beseitigt werden. Und das kann nur geschehen, wenn ein französischer Staatsmann mit Adolf Hitler, dem Führer des deutschen Volkes, persönlich in Kontakt tritt. Dieser Kontakt dürfte wesentlich zu der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen beitragen. Es darf keine Rolle spielen, ob dieser französische Staatsmann, der nach Berlin fährt, einer Partei oder Unterregierung angehört: Das Problem Deutschland-Frankreich harret immer der Lösung, gleichgültig, aus welchen Kräften sich unsere Regierung zusammensetzt.“

Ich werde in den nächsten Tagen diesen Vorschlag der französischen Öffentlichkeit in der Presse unter dem

Titel: „Il faut voir Hitler“ (Wörtlich übersetzt: „Man muß Hitler sehen“, gemeint ist, persönliche Fühlung mit ihm nehmen. Die Schriftleitung), unterbreiten.“

Auf meine Befragung, daß ein eventuelles Volksfrontkabinett auf die Entwicklung der Verständigungspolitik hemmend wirken könnte, antwortet er, daß keine Regierung es heute wagen dürfte, ausgesprochene antideutsche Politik zu machen. (Hier sind wir Deutsche allerdings der Meinung, daß der sowjetisch-französische Volksfrontpakt ausgesprochen antideutschen Charakter hat. Die Schriftleitung). „Sie können versichert sein“, fährt Pichot fort, „daß eine derartige Regierung von der öffentlichen Meinung desavouiert wird. Das französische Volk will die Verständigung. Besonders wir Frontkämpfer wollen mit unseren deutschen Kameraden Fühlung nehmen, ebenso wie wir, unabhängig von der Sympathie oder Abneigung, die wir dem autoritären Regime entgegenbringen, nach Rom gegangen sind, um mit den faschistischen Kriegsteilnehmern zusammenzuarbeiten. Im Interesse des europäischen Friedens!“

Bei diesen Worten hat man das Gefühl, daß Pichot nicht nur im Namen seiner Millionenorganisation, sondern gleichzeitig auch im Auftrag der gesamten französischen Nation spricht.

Ich werfe einen heimlichen Blick auf meine Armbanduhr. Es ist halb acht. Über eine Stunde stehe ich nun schon in dem kleinen Büro. Aber mein Gegenüber wird nicht müde, mir immer wieder von neuem die Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung klar zu machen. Allerdings eingepreist in den Rahmen der kollektiven Sicherheit.

Der Eintritt Randou's, der ebenfalls als angesehener Mitarbeiter Pichots 1934 in Berlin beim Führer war, erinnert den Präsidenten daran, daß die Zeit schon vorgeschritten ist. Langsam fahre ich meine Notizen zusammen. Pichot erhebt sich. Die Unterredung ist damit beendet. Liebenswürdig begleitet er mich noch bis zur Tür. „Sagen Sie der deutschen Öffentlichkeit“, ruft er mir noch beim Weggehen zu, „daß Europa eine Interessengemeinschaft gegen alle äußeren Gefahren bilden muß. Ein neuer Krieg würde das Ende der abendländischen Kultur und Zivilisation bedeuten.“

Mahnung des Reichsministers Kerl an die Studenten.

Ernst Worte über Weltanschauungs- und religiöse Fragen.

DNB Berlin, 2. März.

Zur Abschließung des Arbeitslagers für die Wettbewerbs- und Gruppenleiter des Reichsleistungswettbewerbs der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen im Haus der Jugend in Berlin-Neukölln sprach am Sonntagmorgen Reichsminister Kerl in einer längeren Rede über Weltanschauungs- und religiöse Fragen.

Mit dem Appell an die Studierenden: „Ihr seid berufen für die Zukunft des deutschen Geisteslebens zu werden, und Euch muß es deshalb vorheben sein, das auszubauen, was wir begonnen haben“, beginnend, sprach Minister Kerl auf den gewaltigen geistig-ethischen Umbruch in unserem Volk zu. Der Umbruch, in dessen Gemalt wir heute stehen, ist nicht das Ergebnis von einem Jahr oder einem Jahrzehnt; seine Wurzeln liegen vielmehr in einem Jahrtausende währenden Ringen deutscher Menschen um die wesenstümliche geistig-ethische Weltanschauung und Weltbehauptung. Der Universalismus der vergangenen Epoche ist Schrittweise durch den erwachenden Nationalismus in der Gestalt großer deutscher Menschen zurückgedrängt worden. Heute steht der Nationalismus im Begriff, die letzten Reste des Universalismus, der sich bis in unsere Zeit hinein auf den einzelnen Gebieten des Lebens ausgewirkt hatte, völlig zu überwinden.

Eine universalistische Weltanschauung mußte in dem Maße in sich auflösen und zusammenbrechen, wie die Menschen lernten, auf die natürlichen Ge-

Ergänzungsabkommen zum Deutsch-englischen Flottenvertrag?

DNB London, 2. März.

Die Neuter zu deutsch-englischen Besprechungen über ein zweifseitiges Ergänzungsabkommen zu dem deutsch-englischen Flottenvertrag vom Juni 1935 mittelst, hat der deutsche Vizeadmiral Fürst Bismarck am Sonnabend den englischen Außenminister Eden im Foreign Office besucht und ihm die Mitteilung überbracht, daß Deutschland im Prinzip bereit sei, Unterhaltungen über eine solche Ergänzung auf der Grundlage des qualitativen Abkommens zu beginnen, das bei der gegenwärtigen Flottenkonferenz erreicht wurde. Es besteht jedoch Einverständnis darüber, daß in diese Besprechung unter der Voraussetzung eingetreten wird, daß ein ähnlicher zweifseitiger qualitativer Vertrag zwischen Großbritannien und Sowjetrußland abgeschlossen werde.

Es sei klar, daß Deutschland sich hinsichtlich der Größe der Schiffe, die es bauen wird, nicht binden könne, wenn die sowjetische Flotte nicht den gleichen Bindungen unterworfen sei. Bisher habe man nicht versucht, von Sowjetrußland zu erfahren, ob es zum Abschluß eines zweifseitigen Flottenvertrages mit Großbritannien geneigt sei. Allgemein werde aber erwartet, daß eine Anfrage in dieser Richtung in Kürze erfolgen werde. Sowjetrußland sei bisher bereits von Großbritannien über den Fortschritt der Besprechungen auf der Flottenkonferenz unterrichtet worden. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Sowjetunion einem Vorschlage eines Abkommens mit Großbritannien ungünstig gegenüberstehen werde.

Wie „Press Association“ berichtet, habe man sich darüber verständigt, daß die Vorschläge, die in das deutsch-englische Abkommen aufgenommen werden sollen, nur in Kraft treten, wenn ähnliche Vorschläge von den übrigen Flottenmächten vereinbart werden. Weiter habe die deutsche noch die britische Regierung habe etwas darüber mitgeteilt, ob sie die Verhandlungen für einen zweifseitigen Vertrag fortsetzen werden, falls die Flottenkonferenz zusammenbrechen sollte. Dieser Punkt sei nicht erwogen worden. Die Möglichkeit für ein solches zweifseitiges Abkommen sei indessen auch dann nicht unter allen Umständen ausgeschlossen.

Die „Press Association“ berichtet, habe man sich darüber verständigt, daß die Vorschläge, die in das deutsch-englische Abkommen aufgenommen werden sollen, nur in Kraft treten, wenn ähnliche Vorschläge von den übrigen Flottenmächten vereinbart werden. Weiter habe die deutsche noch die britische Regierung habe etwas darüber mitgeteilt, ob sie die Verhandlungen für einen zweifseitigen Vertrag fortsetzen werden, falls die Flottenkonferenz zusammenbrechen sollte. Dieser Punkt sei nicht erwogen worden. Die Möglichkeit für ein solches zweifseitiges Abkommen sei indessen auch dann nicht unter allen Umständen ausgeschlossen.

gebenheiten ihres Lebens und die Schöpfungsgeschichte zu achten. In der Bestimmung auf die Voraussetzungen des Lebens fand der germanische Mensch sich selbst.

Dem Nationalsozialismus blieb es vorbehalten, den einzelnen auf seine Bindung an die Gemeinschaft des Volkes hinzuwirken. Volkstum, Blut, Boden und Geschichte sind die natürlichen Ordnungen, die schöpfungsmäßigen Voraussetzungen des Lebens deutscher Menschen. Dieser Gemeinschaft zu dienen, heißt, den Willen des Schöpfers zu erfüllen.

Hier geht es nicht um Glaubenssätze, sondern Handeln ist alles, Bestimmung und Tat. Wir stehen in einem Umbruch, wo alte Werte fallen, neue Werte aufsteigen. Es ist kein Ringen um Worte und Formeln, es ist ein Ringen um Haltung, um ein nach den natürlichen Ordnungen ausgerichtetes Leben. Es gilt, dieses Ringen als wirklich deutsche Menschen durchzuführen. Der Minister ermahnte eindringlich, über jede Gespanntheit nach Reflexionen, Rassen und Verbänden in seinem Augenblick die blutsmäßig gegebene Einheit und damit gottgewollte Gemeinschaft aller Deutschen zu verweigern oder zu übergehen.

„Ich achte den nicht hoch“, so hämmerte Reichsminister Kerl den Studenten ein, „der den Nächsten in dem beschimpft, was ihm heilig ist. Du hast nicht hineingegreifen in das Recht des Einzelnen. Du hast Ehrfurcht zu haben vor der Würde der autonomen Persönlichkeit. Glaubst Du, daß Du ein großer Mann bist, wenn Du dich hinsetzt und den Volksgenossen um seines Glaubens willen lächerlich machst? Wer das tut, ist bekümmert nicht des rechten Glaubens!“

Mit diesen Worten der Mahnung, wies Reichsminister Kerl die Studenten darauf hin, nun in den deutschen Volkesskäten, in den Hoch- und Fachschulen um die nationalsozialistische Haltung der deutschen Menschen zu ringen.

Die von spontanem Beifall immer wieder unterbrochene Rede des Ministers wurde mit Liedern und Sprechchören, die aus dem Erleben der jungen Generation geworden sind, umrahmt.

Großfürstin Kyrill gestorben.

DNB Wladiwostok, 2. März.

In der Nacht zum Montag ist in Amorbach (Oberrhein) die Großfürstin Kyrill in der Villa ihres Schwiegersohnes, des Erbprinzen zu Reiningen, verstorben.

Die Großfürstin wurde am 25. November 1878 als Tochter des Herzogs Alfred von Sachsen-Koburg-Gotha auf der Insel Malta geboren. Sie war in erster Ehe verheiratet mit dem Großherzog Ernst Ludwig von Hessen. Am 8. Oktober 1905 heiratete sie den Großfürsten Kyrill Wladimirovitch, einen rechten Vetter des letzten russischen Zaren. Großfürstin Kyrill erkrankte im Jahre 1924 durch Malaria am Fieber und starb. Die Großfürstin wurde hierdurch Zarin und als solche auch von den russischen Emigranten anerkannt.

Fahrtstuhlführerfrei in Newyork.

DNB Newyork, 2. März.

Am Sonntagabend traten 17 000 Fahrtstuhlführer im Newyorker Stadtteil Bronx in den Ausstand. Dadurch fand die Aufzüge von über 1800 Wohnhäusern, darunter viele, die über 40 Stock hoch sind, völlig stillgelegt. Die Gewerkschaften haben für den heutigen Montag die Ausbehebung des Streiks auch auf die Wallstreet, das Finanzenviertel und auf die Wollentrichter im mittleren Manhattan angekündigt. Auch das 102 Stock hohe Empire State-Gebäude soll betroffen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber sagten sich bisher gegenüber den Forderungen der Ausständischen umschmeichelt. Sie drohten an, die technische Notwendigkeit, die sie für einen Streikfall schon seit Wochen geschaffen hätten.

Bildung einer starken Regierung in Japan.

Selbstmord des Führers der japanischen Aufständischen.

DNB Tokio, 2. März.

Der Führer der ausländischen jungen Offiziere, Hauptmann Kono, hat nun doch, wie erwartet, Selbstmord begangen. Gleichzeitig hat der Oberleutnant Kojima, der dem gegen die Aufständischen eingesetzten Leibregiment angehört, gemeinsam mit seiner Frau Harakiri verübt. In einem hinterlassenen Schreiben teilte er mit, daß er es nicht ertragen könne, daß kaiserlich-japanische Truppen gegeneinander gekämpft hätten. Die Tat des jungen Offiziers hat hier ungeheures Aufsehen erregt.

Da der Genro Satonji erst am Dienstag nach Tokio zurückkehrt, wird bis dahin noch keine Entscheidung über die Regierungsneubildung fallen. In einer Erklärung der Regierung wird jedoch schon jetzt mitgeteilt, daß neben dem Kabinett auch alle anderen wichtigen Ämtern neu besetzt werden würden. Die neue Regierung werde eine starke Regierung sein, die sich nicht wie bisher, nur auf das Militär stütze.

Die Leiche des von den Aufständischen getöteten Finanzministers Takahashi wurde am Montag nachmittag nach einer großen Feier im Sterbehause nach dem Krematorium gebracht. Der Kaiser hat die Opfer des Aufstandes, Takahashi, Watanabe und Satto, durch nachträgliche Rang-erhöhungen und Ordensauszeichnungen geehrt.

Die japanische Hauptstadt hat am Montag ein militärisch bewegtes Bild. Große Truppenabteilungen, die im Zusammenhang mit dem Aufstand als Verstärkungen in Tokio zusammengezogen worden waren, wurden von den Kasernen wieder zu den Bahnhöfen beordert und Abkommandierungen für Mandchukuo wurden verladen. Einige kleinere Posten blieben an den wichtigsten Punkten der Stadt zurück.

Fürst Satonji, der Thronberater, führt die Verhandlungen.

DNB Tokio, 2. März.

Der Fürst Satonji traf am Montag in Tokio ein und hatte sofort eine Besprechung mit dem Kaiser und anschließend mit dem Präsidenten des geheimen Staatsrates, Oki. Noch wichtiger dürfte die Aussprache mit dem Kriegsminister Kawakita gewesen sein, der die augenblickliche Lage unter dem Gesichtspunkt der militärischen Forderungen erläuterte.

Fürst Satonji ist einer der „alten Staatsmänner“ und den Waffen der Wutlichkeit rechtzeitig entronnen. Er hat seit langen Jahren die Rolle des Mannes im Hintergrund, des Thronberaters, gespielt und wurde auch jetzt wieder vom Kaiser mit der Entwürfung des Kabinetts, in den die Frage der Regierungsbildung verknüpft ist, beauftragt. Er dürfte sich bemühen, ein Kompromiß zwischen den verschiedenen politischen Gruppen zu erzielen, den die Forderungen der Tradition, und den Interessen des Militärs und der Jugend, die zur alten Kaiseridee in reiner Ausprägung treibt.

Nach „Domei“ und Extraausgaben der Blätter wünsch die Armee eine stärkere Berücksichtigung der Vertreter einer entschiedenen Heerespolitik, die das Vertrauen der gesamten Armee genießen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß der Vizepräsident des geheimen Staatsrates, Hirayama, der dem Kreis um Majaki und Kato, den Wortführern der Militärpartei, nahesteht, als Ministerpräsident in Frage kommt. Möglich ist ferner, daß Hirota Außenminister bleibt.

Am Montag wird gemeldet, daß Major Umano vom 3. Infanterieregiment Selbstmord begangen hat, weil sein Versuch, die Aufständischen zur Rückkehr in die Kasernen zu bewegen, vergeblich geblieben war. Ferner wird bekannt, daß Major Katayama aus dem Kriegsministerium von einem Hauptmann schwer verwundet worden ist, als er verurteilte, dem Kriegsminister Vorschläge für die Verhinderung mit den Aufständischen zu machen.

Mit v

hau
Weiter
an die

Gestern ab
des Oberbürger
Rathsherren
Bürgermeister
Gruhn und
Teuch teiln
ordnung war
das Rechnung
ist und in Ein
balanciert. —
Haushaltsplan
Angelegenheit
erlebigt. Zun

der Stadt von
Satzung soll ei
Beigeordneten
und zwar 1. fi
angelegenheiten
4. für Wohlfa
ten Beträge ist

Die Bi

soll weiter au
bisherigen Ge
weitere 35 Bi
diesem Zweck
Salm benötigt
liegt. Es han
die zum Preis
für die Straße
eine Straße zu
ist es der St
möglichst viele
sich die St
nehmen können.
Das oben erw
Kaufprei an l
gestellt.

sind erforderl
Weißing K
Auguststraße,
der über die
gibt. Ferner
eine Einigung
durch die W
Berlin

Aus form
Steuerordnung
nischeuerung
nung vom 22.
nung vom 28.
1931 sowie die
Gründe zur
nicht vor. St
den zweiten u
Bürgermeister
Auf eine Anr
Getränksteuer
meister, daß
der Stadt nicht
überbrückung
nachträglich be

Die

geht, wie wir
durch Vertrag
wird die Anst
führen. Der
Der hatte die
aufgebracht. In
Jänner 8000 M
Kinder aufzu
wird ab 1. W
Auker den 40
gebracht waren
gebracht werden
und Tagesraum
Rufenaufwand
teilt sich an
daß sie im erst
8000 M durch
Stadt aufzubri
gen Wirtschaft
rung der Kinder

Das St
lich des St
verkauft werden
100 bis 150 M
preis von etwa
Das kleine St
males, nach de
bürgermeister
Verkauf der
6000 M der St
Der Bau d

Wäre eine län
keit der Rade
schon längst
bäude, das eine
zehn Leichen
Räume für den
blühenden der
erreichende Be
en Entwurf,
keine Meinung
lichkeit mit ein
rege an, die
richteten, dab
gestaltung, da
hin wird der

zum Vertrag?

am 2. März.
den Beipräsidenten
des Ergänzungs-
engländer
stellt, hat der
Sonnabend den
Office be-
deutlich
terhaltung
Grundlage des
das bei der
de. Es besteht
se Besprechung
n wird, daß
alitativer
n und
erda.

der Größe
n könne, wenn
den Bindungen
verfügt, von
Abbruch eines
ritanten ge-
daß eine An-
werde. Sowjet-
n über den
tationkonferenz
zu der An-
eines Ab-
gegenüberlegen

man sich dar-
n das deutsch-
ollen, ruzin
Vorläge
verein-
die britische
ob die Ver-
kraft
abreichen sollte.
die Möglichkeit
indessen auch
schließen.

rrl

die Schöp-
Wohnung auf
er germanische

vorbestehen,
e Gemeinschaft
ut, Boden und
den, die schöp-
bens deutlicher
en, heißt, den

en Handeln ist

Werte fallen,
en um Worte
g, um ein nach
es Leben. Es
sen durch-
lich, über jede
n Verbänden
gegebene
e Gemein-
nen oder zu

umerte Reichs-
den nächsten
Du hast nicht
nen. Du hast
er autonomen
großer Mann
Vollgenossen
macht? Wer
Glaubens!"

Reichsminister
der deutschen
en um die deut-

ieder unter-
Viedern und
eneration

eben.
am 2. März.
vorbach (Oben-
Willa ihres
nigen, ver-

1878 als
Koburg-Gotha
erster Ehe ver-
ig von dessen
nächsten April
des letzten
sich im Jahre
en. Die Groß-
liche auch von

ewyork.
am 2. März.

die Notwendig-
keit der Kapelle
und besonders
der Leichenhalle
ist man sich
schon längst klar.
Es geht nur da-
rum, wie das Ge-
bäude, das einen
neutralen Kapellen-
raum, ferner et-
wa zehn Leichen-
kammern, einen
Obduktionsraum
sowie Räume für
den Besten, den
Kist und die Hin-
terbliebenen der
Verstorbenen,
ferner eine von
außen zu errei-
chende Bedürfnis-
anlage erhalten
soll, aussehen
soll. Ein Entwurf,
der aus dem Jahr
1934 stammt,
kann keine Meinung
bei den Ratsherren
haben, da er mehr
Rechnung mit einem
Restaurant oder
einem Bauernhaus
als mit einer Kapelle
hat. Der Oberbürger-
meister, der die Leichen-
kammern unter der
Kapelle einzu-
richten, dadurch
würden die Kosten
für die Instand-
haltung, das Dach
usw. erheblich
vermindert. Im-
merhin wird der
Bau einen Kosten-
aufwand von et-
wa

Mit voller Zuversicht in das neue Jahr!

Sitzung der Bocholter Ratsherren.

Hauptgegenstand der Tagesordnung: Haushaltsfassung für 1936. Weitere 35 Siedlungen in der Kieckheide. - Uebergang der Walderholungsstätte an die Sanleitung der NSD. - Der Stadtgraben wird an die Anlieger verkauft. Erneuerung der Asphaltstraßen im Stadttinnern.

Bocholt, 3. März.

Gestern Abend fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jürgens eine Sitzung der Ratsherren statt, an der u. a. außer den Ratsherren Bürgermeister Steiner, die Stadträte Hienkotte, Gruhn und Werner G. S. Schwarz sowie Dr. Teusch teilnahmen. - Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Festlegung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1936/37, der vollständig ausgeglichen ist und in Einnahme und Ausgabe mit 4.820.000 Mark balanciert. - Bevor man jedoch an die Beratung des Haushaltsplanes heranging, wurden verschiedene andere Angelegenheiten, die von großer Bedeutung sind, erledigt. Zunächst stand eine

Änderung der Hauptfassung

der Stadt Bocholt auf der Tagesordnung. Dem § 3 der Satzung soll ein Absatz zugefügt werden, daß neben den Beigeordneten und Ratsherren Beiträge zu bestellenden und zwar 1. für Finanz- und Steuerfragen, 2. für Bauangelegenheiten, 3. für die städtischen Betriebswerke und 4. für Wohlfahrtsangelegenheiten. Die drei erstgenannten Beiträge sind bereits gebildet.

Die Siedlung in der Kieckheide

soll weiter ausgedehnt werden und zwar sollen zu den bisherigen zehn Doppelhäusern mit 20 Wohnungen weitere 35 bis 36 Wohnungen errichtet werden. Zu diesem Zweck wird ein Grundstück des Fürsten Salms benötigt, das neben den bisherigen Siedlungen liegt. Es handelt sich um eine Fläche von 1,15 Hektar, die zum Preise von 8 M pro Quadratmeter von der Fürstlichen Verwaltung gekauft wird. Da später einmal eine Straße zu der neuen Siedlung gebaut werden muß, ist es der Stadt natürlich recht, wenn in der Kieckheide möglichst viele Familien sich ansiedeln. Allerdings wird sich die Siedlung dort einstellen nicht viel weiter ausdehnen können, da in der Nähe ein Erbhof gelegen ist. Das oben erwähnte Grundstück wird zu dem erwähnten Kaufpreis an die Westfälische Heimstätte zur Verfügung gestellt.

Flußlinienregulierungen

sind erforderlich an der Kieckheide, wo der Wirt Weiking sein Haus umbauen will, ferner an der Auguststraße, wo die Witwe Ehling ihren Garten, der über die Flußlinie hinausragt, an die Stadt abgibt. Ferner ist mit dem Mühlenbesitzer Wietfeld eine Einigung betr. die Zuleitung des Stadtgrabens, durch die W. sich geschädigt fühlt, erzielt worden.

Veränderung von Steuerordnungen

Aus formalrechtlichen Gründen müssen folgende Steuerordnungen verlängert werden: die Schenksteuerordnung vom 22. März 1928, die Einkommensteuerordnung vom 28. November 1930, die Getränkesteuerordnung vom 22. Juni 1931 mit Nachtrag vom 22. Oktober 1931 sowie die Hundesteuerordnung vom 12. März 1934. Gründe zur Verlängerung einer Steuerordnung liegen nicht vor. Stadtrat Schwarz regt an, die Steuer für den zweiten und dritten Hund zu ermäßigen. Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu. Auf eine Anregung des Ratsherren Wadmann, die Getränkesteuer fallen zu lassen, erwidert der Oberbürgermeister, daß dies nicht möglich sei, solange die Finanzen der Stadt nicht nachlässig gepflegt seien.

Ueberprüfungen einzelner Etatspositionen werden nachträglich bewilligt.

Die Walderholungsstätte

geht, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 1. April durch Vertrag an die Sanleitung der NSD über. Die- wird die Anlage nach den bisherigen Grundrissen weiter führen. Der Vertrag gilt vorläufig für zehn Jahre. Bisher hatte die Stadt jährlich 24.000 M für das Heim aufgebracht. In Zukunft braucht sie zehn Jahre lang nur jährlich 8000 M als Barzuschuß für die Verpflegung der Kinder aufzubringen. Die Ueberwachung der Kinder wird ab 1. April Amtsrat Dr. Seidel übernehmen. Außer den 40 Kindern, die bisher in dem Haus untergebracht waren, sollen 60 weitere Kinder dort untergebracht werden. Dafür sind ein zweites Haus (Schlaf- und Tagesraum und Nebenräume) errichtet, das einen Kostenaufwand von 22.000 M erfordert. Die NSD beteiligt sich an der Ausführung dieser Kosten dadurch, daß sie im ersten Jahr auf den Zuschuß der Stadt von 8000 M verzichtet, so daß also nur 14.000 M von der Stadt aufzubringen sind. Eine Vergrößerung der übrigen Wirtschaftsfläche ist übrigens durch die Vergrößerung der Kinderzahl nicht erforderlich.

Stadtgraben wird verkauft.

Das Stück des ehemaligen Stadtgrabens, das nördlich des Südwalles liegt, soll an die einzelnen Anlieger verkauft werden. Da für die Rute ein Kaufpreis von 100 bis 150 M infrage kommt, ergibt sich ein Gesamtpreis von etwa 10.000 M, der in die Stadtkasse fließt. Das kleine Stück des Stadtgrabens, das südlich des Südwalles, nach der Aa zu, gelegen ist, wollte der Oberbürgermeister zu einer kleinen Anlage umgestalten. Die Mehrheit der Ratsherren sprach sich jedoch für einen Verkauf auf dieses Teiles aus, so daß weitere 5000 bis 6000 M der Stadtkasse zugute kommen.

Der Bau der Friedhofskapelle und Leichenhalle

Wie eine längere Aussprache aus. Nach der Notwendigkeit der Kapelle und besonders der Leichenhalle ist man sich schon längst klar. Es geht nur darum, wie das Gebäude, das einen neutralen Kapellenraum, ferner etwa zehn Leichenkammern, einen Obduktionsraum sowie Räume für den Besten, den Kist und die Hinterbliebenen der Verstorbenen, ferner eine von außen zu erreichende Bedürfnisanlage erhalten soll, aussehen soll. Ein Entwurf, der aus dem Jahre 1934 stammt, kann keine Meinung bei den Ratsherren haben, da er mehr Rechnung mit einem Restaurant oder einem Bauernhaus als mit einer Kapelle hat. Der Oberbürgermeister regte an, die Leichenkammern unter der Kapelle einzurichten, dadurch würden die Kosten für die Instandhaltung, das Dach usw. erheblich vermindert. Immerhin wird der Bau einen Kostenaufwand von etwa

75.000 M erfordern. Da die Verwirklichung des Planes namentlich im Hinblick auf die Neugestaltung des Friedhofseinganges drängt, soll eine Kommission, bestehend aus den Ratsherren Meyer, Wadmann, Wadmann, Ried und Dr. Wühlens, die nötigen Vorbereitungen (Bestimmung entsprechender Anlagen in anderen Städten usw.) treffen.

Die Straßen der Innenstadt

die zum Teil schon 25 Jahre alt sind und deren Decke daher schlecht geworden ist, sollen erneuert werden. Vorgelesen ist statt des Stammpfaltes sogen. Walz- asphalt, wie wir ihn z. B. auf der Dingerloer Straße sehen, der haltbarer ist als der Stammpfalz. Natürlich können nicht alle Straßen auf einmal erneuert werden. Zunächst sind 20.000 M für die Erneuerung vorgelesen. Welche Straßen in Angriff genommen werden, soll von Fall zu Fall entschieden werden.

Der Oberbürgermeister spricht zum Etat.

Wenn ich den Haushaltsplan von 1936 Ihnen erläutere, so möchte ich bemerkt darauf verzichten, diese Erläuterung zu verbinden mit einem Rückblick auf das Jahr 1935. Ich habe die Absicht, der Bürgerchaft in einer öffentlichen Versammlung Rechenschaft über das vergangene Jahr abzulegen. Heute möchte ich nur einige ganz kurze Angaben machen.

Die erhofften Einnahmen 1935 wurden nennenswert überhöht. Wir haben uns aber nicht verteilen lassen zu Mehrausgaben, sondern haben aus diesen Mehreinnahmen vor allen Dingen rückständige Zahlungen abgedeckt.

u. a. die rückständige Provinzialumlage, die Abzahlung für die Zinsherabsetzung und ähnliche Leistungen, die eine Verringerung unserer Schuldbeiträge bedeuten. Wie Ihnen bekannt ist, hatten wir im Vorjahr fast eine Million Reichsmark aus den Vorjahren. Der letzte Rest dieser Restbeträge in Höhe von 130.750,- RM. wird am 1. April 1936 verschwinden, da der Ueberfluß des Jahres 1935 uns die notwendigen Mittel geben wird. Dadurch können wir zu neuer Fundbildung übergehen und die Grundlage einer geordneten und gesunden Finanzpolitik schaffen.

Der Etat 1936 gibt

ein vollkommen neues Bild.

Der Haushaltsplan hat eine sehr gründliche Umgestaltung erfahren und zwar dadurch, daß wir zunächst die bisher kaufmännisch geführten Betriebe und Verwaltungszweige nicht mehr nur mit ihrem Endergebnis, sondern in Einnahme und Ausgabe aufzählen. Weiter hat zur Umgestaltung beigetragen unser Bemühen, vollkommen strengere Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben durchzuführen und die Beiträge dort zu verbuchen, wo sie hingehören. Das trifft z. B. auch auf unsere sozialen Einrichtungen, auf das Alters- und Kinderheim, auf die landwirtschaftlichen Betriebe, aber es trifft auch auf jede einzelne Abteilung, deswegen sind auch die Zahlen von 1935 nicht ohne weiteres zu vergleichen mit denen des neuen Jahres.

Ich möchte Ihnen nun in großen Zügen die einzelnen Abschnitte erläutern und bei der allgemeinen Verwaltung beginnen.

In der allgemeinen Verwaltung

finden Sie unter dem Befolgungstitel einen höheren Betrag als in dem Vorjahre, das kommt daher, weil alle Befolgungen in diesem Titel zusammengefaßt sind.

Das Kapitel Bauverwaltung.

Unseren Plan, den Baumarkt zu beleben und die in Frage kommenden Kreise zum stärkeren Bau von Wohnungen anzuregen, kann man als gegliedert bezeichnen. Die beiden Punkte, Baupolizei und Straßenbaukosten, waren es ja, die den Wohnungsbau stark beeinflussten. Ich bin bemüht, durch Einzelmaßnahmen in jedem Fall die Härten zu beseitigen und zu einer Verständigung zu kommen. Ich darf feststellen, daß dieses Ver- fahren den Erfolg gehabt hat, daß

die Wohnbaukosten im vergangenen Jahr mit rund 125 Millionen den Durchschnitt von 78 der letzten Jahre erheblich übersteigt. Für das kommende Jahr sind bisher angemeldet rund 170 Siedlungen und Volkswohnungen und über 30 Privatbauten.

Wir sind z. B. bemüht, durch unsere Mitarbeit an der Bocholter Heimstätte auch dort neue Tätigkeit hervorzurufen, und haben den Plan durch eine städt. Bau- genossenschaft den Wohnungsbau aktiv mit zu verfahren.

Unsere Absicht, in diesem Jahr mindestens 300 Wohnungen entstehen zu lassen, wird also Wirklichkeit werden.

Sie können sich denken, daß diese gesteigerte Bautätigkeit sich auf unserem Bauamt durch sehr viel Arbeit bemerkbar macht. Ich fühle mich verpflichtet, den Beamten des Bauamtes zu danken dafür, daß diese enorme Mehrarbeit ohne Erhöhung des Personalbestandes geleistet wurde. Neben der Wohnbautätigkeit werden auch eine Reihe anderer Bauten entstehen z. B. das zweite Haus im Walderholungsheim, die Bauten der Betriebswerke, die schon lange ersehnte Friedhofskapelle, die große Halle der bürgerlichen Genossenschaft auf dem Algenplatz. Ebenso hoffe ich, daß wir an den Bau des Friedhofes und des Polizeigebäudes gehen können.

In der Abteilung Tiefbau haben wir bei dem Ausbau des Straßenwesens noch viel zu tun; ich habe vor, dort allerhand zu unternehmen. Wir haben zunächst den Betrag für Straßenbauten etwas erhöht und haben die Absicht, aus dem Erneuerungsfonds auch an den Neubau von Straßen heranzugehen. Als eine der wichtigsten Aufgaben zur Entlastung der Innenstadt möchte ich den

Ausbau des Nordwalles

bezeichnen. Wenn einzelne Anlieger der Straße nicht bereit sind, diese für die Allgemeinheit wichtige Auf-

Bei dieser Gelegenheit teilte der Oberbürgermeister überigens mit, daß mit dem Ausbau der Nordallee, für den 37.000 M veranschlagt waren und dessen Kosten sich auf 36.987,60 M belaufen haben, der Beweis erbracht worden sei, daß mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine Straße tabellos ins Land gesetzt werden könne.

Der Radfahrweg an der Münsterstraße

der bei regnerischem Wetter von den Radfahrern wegen der zahlreichen Pfützen gemieden wird, gab dem Stadtrat Schwarz Veranlassung zu berechtigten Beanstandungen in der angebotenen Richtung. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Radfahrweg wie auch der Bürgersteig demnächst eine feste Decke erhalten soll. Im übrigen wird ein Parterre für die Münsterstraße errichtet, da der Platz an der Ecke Münsterstraße - Bismarckstraße in den nächsten Tagen fertig hergerichtet ist.

z. B. sind für die Polizei 9 Stellen mehr geschaffen worden, die ebenfalls unter diesem Titel erscheinen. Diese 9 Stellen sind uns durch gezielte Vorarbeiten aufgelegt. Ich persönlich freue mich darüber; denn es ist seit langer Zeit offensichtlich, daß unsere Polizei zur Erfüllung der immer größer gewordenen Aufgaben nicht mehr ausreichte.

Für Inventar-Neuanordnungen und Ergänzungen haben wir den Betrag von 10.000 RM. eingelegt. Wir haben im vergangenen Jahr schon eine starke Ergänzung unseres Inventars vorgenommen, trotzdem kann ich auf einen weiteren Ausbau nicht verzichten. Denn der jetzige Zustand, daß bei einigen z. T. großen Abteilungen nur eine Schreibmaschine ist, ist unerträglich. Es gehört schon immer ein außerordentliches Geschick dazu, in den Besitz einer Schreibmaschine zu kommen, und es haben sich da allmählich förmliche Anträge und Stellungskämpfe um die Schreibmaschine entwickelt. Aber auch auf dem Gebiet des Alters- und Karteiwesens ist noch sehr viel zu tun, um einen auch nur einigermaßen haltbaren Zustand herbeizuführen.

Zum Abschnitt „Polizei“ hatte ich bereits gesagt, daß es der Polizei demnächst leichter sein wird, die großen Aufgaben zu erfüllen. Mit mir werden Sie davon überzeugt sein, daß auch die räumlichen Verhältnisse der Polizei dringend einer Veränderung bedürfen.

Wir haben die Mittel zunächst vorgelesen, um noch in diesem Jahre mit dem Bau der neuen Polizeistation zu beginnen zu können.

Zu dem Abschnitt „Polizei“ gehört auch das Feuerlöschwesen und das Sanitätswesen. Beide Abteilungen erscheinen im Etat in gleicher Form wie früher, wozu ich bemerken möchte, daß wir auf dem Gebiet des Feuerlöschwesens noch Bedeutendes zu leisten haben. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht veräumen, um den Männern unserer Stadt, die sich in uneigennütziger Weise für Feuerwehr und Sanitätsdienst zur Verfügung stellen, den Dank dafür auszusprechen. Jeder Bürger erwartet, daß ihm im Falle des Brandes oder sonstigen Unglücks sofort und gründlich geholfen wird. Sehr wenige aber sind bereit, durch Einsatz ihrer Person dazu beizutragen, daß diese wichtigen Einrichtungen auch wirklich einleibhaftig sind. Ich möchte hoffen, daß sich immer mehr der Erkenntnis von der Wichtigkeit solcher Einrichtungen durchsetzt und immer weitere Kreise unserer Bürgerchaft sich zur Verfügung stellen.

Es folgt dann

Du kannst den Hunger deiner Kinder stillen
Du hast eine geheizte Wohnung für deine Familie
Hast du auch an den bedürftigen Volksgenossen gedacht?

Spenden für das Winterhilfswerk erbeten auf
Konto 800 bei der Kreisparafasse oder auf das
Postkassenkonto 5100 beim Postfachamt Dortmund.
Sachspenden nehmen die Ortsgruppen entgegen.

diesen Zweck eingesetzt. Sie mögen daraus ersehen, daß dieses Kapitel der äußeren Gestaltung unserer Schulen nicht vernachlässigt wird. Mit Unterstützung eines Zuschusses der Regierung sind wir jetzt in die Lage versetzt für unsere Volksschulen

eine große schöne Turnhalle

zu schaffen. Diese Turnhalle steht im Gebäude des Gymnasiums und wird allen Volksschulen zur Verfügung stehen.

Das Gymnasium erscheint im neuen Etat mit annähernd den gleichen Zahlen wie im Vorjahr, während wir uns bemühen werden, mit den Oberlyzeen zu einem neuen Vertrag zu kommen. Es ist einfach unmöglich, den jetzigen Zustand länger bestehen zu lassen; denn es geht nicht an, daß die Stadt die gesamten Kosten der Schule trägt, im übrigen aber nichts zu sagen hat. Ich bin der Meinung, daß Rechte und Pflichten gleich verteilt sein müssen. In unserem Schulsystem ist eine große Lücke. Wir haben nur die Volksschulen und die höhere Schule. Es gibt also bei uns eine große Anzahl Volksschüler, die materiell und geistig durchaus in der Lage wären, eine bessere Schulbildung sich anzueignen, und es gibt eine Reihe Schüler des Gymnasiums, die geistig und körperlich den Anforderungen der höheren Schule nicht gewachsen sind, aber dorthin gehen, weil ihnen die Volksschule zu wenig bietet. Wir haben deshalb vor,

eine Mittelschule zur Füllung dieser Lücke im kommenden Jahre einzurichten.

Wir wollen aber erst das Schulreformgesetz abwarten, um diese neue Schule gleich im Einklang mit diesen neuen Grundrissen der Schulreform in Einklang zu bringen. Unsere Berufs- und Fachschulen haben sich außerordentlich erfreulich entwickelt. Zu diesen Berufs- und Fachschulen gehören die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule, die Textilmehrschule und die Gärtnerfachschule. Auf diesem Gebiet zeigt sich ein immer stärkeres Interesse. Ich bin überzeugt, daß die kommende Gesetzgebung hier noch stärkere Forderungen stellen wird, und wir sind entschlossen, diese Gebiete unseres Schulwesens in stärkester Weise auszubauen.

Im Wohlfahrtswesen, überhaupt in der gesamten Fürsorgeverwaltung zeigt sich die Gesundung unseres Volkes außerordentlich klar.

Wir haben wiederum die voraussichtlichen Kosten herabsetzen können, ohne unsere Leistungen irgendwie einschränken zu müssen. Im Gegenteil: wir haben die Leistungen verstärkt und geduldet auch weiterhin, in einzelnen Abschnitten vorwärts zu gehen. Besonders auf dem Gebiet der Jugendpflege und Fürsorge ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Es ist uns gelungen, der HJ eine Reihe von Seiten zur Verfügung zu stellen und die Arbeit der HJ maßgeblich zu unterstützen. Auch hier ist es uns klar, daß das erste Schritt ist und noch vieles zu tun übrig bleibt.

Ich darf also abschließend sagen, daß dieser Ihnen hier vorgelegte Haushaltsplan 1936 sich vollkommen den Vorschriften der Deutschen Gemeindeordnung anpaßt, daß er vollkommen und gesund ausgeglichen ist, und in Einnahme und Ausgabe so angelegt ist, wie es sich im Augenblick bei sorgfältiger Prüfung der Lage vertreten läßt. Wir werden uns im Laufe des Haushaltsjahres sorgfältig mit unserer Ausgabe der Einnahme anpassen. Werden aber auch bemerkt sein, von uns aus dazu beizutragen, daß wichtige öffentliche Angelegenheiten nach Maßgabe unserer Finanzkraft gelöst werden. Grundgesetz des Gemeindeführers darf nicht sein ängstliches Kleben an Paragraphen und Zahlen.

Die Arbeit eines nationalsozialistischen Gemeindeführers hängt da an, wo der Etat aufhört.

Ich habe noch 2 Ueberblicken über die vorläufigen Abschlüsse der einzelnen Abschnitte mit Angabe der voraussichtlichen Netto Einnahme und ebenso eine Aufstellung der Betriebswerke, also

Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

tragen zu den Einnahmen der Stadt 240.000 RM. bei.

Diese Einnahme ergibt sich aus	
der Jahreszahlung von	150.000 RM.
einem Abzahlungsbetrag von	50.000 RM.
und aus Rückvergütungen für	
geleistete Beleuchtungskosten von	40.000 RM.

Aus diesen Zahlen können Sie ersehen, daß die Werke gut geleitet werden und entsprechend auch gut in ihren Leistungen sind. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß in unserem Tarif für Wasser, Gas und Elektrizität eine indirekte Steuer enthalten ist, die aber der Allgemeinheit durch den Zuschuß von 240.000 RM. wieder zu Gute kommt. Wir hoffen gern, daß recht bald der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo wir auf den Zuschuß verzichten können. In allzu weiter Ferne liegt die Erfüllung dieser Hoffnung jedenfalls nicht.

Wir dürfen also mit voller Zuversicht in das neue Staatjahr hineingehen. Wir haben im vergangenen Jahr den Niedergang abgebrochen und können in diesem Jahr bereits mit dem Aufbau beginnen, der sich am sichersten ausdrückt durch den Beginn der Bildung von Kassen und Fonds.

Wir sind uns klar darüber, daß dieser Aufstieg unserer Stadt nicht eine Folge unserer Arbeit ist, sondern nur die Auswirkung der Arbeit unseres Führers. Wenn wir in seinem Geiste unsere Pflicht tun, dann wird diese Gesundung von Jahr zu Jahr stärker werden und dazu führen, daß auch die deutschen Gemeinden eines Tages wieder die sichere Grundlage haben, um der Gemeinschaft ihrer Bürger so dienen zu können, wie es das deutsche Volk erwarten kann.

Nach seiner Rede verlas der Oberbürgermeister die Haushaltsfassung, die in Einnahme und Ausgabe mit 4.820.000 M balanciert. Hingru kommt ein außerordentlicher Haushalt, der in Einnahme und Ausgabe mit 189.000 M balanciert. Weiter gab der Oberbürgermeister eine Erklärung über die Steuern sowie über die vorläufigen Abschlüsse der Abschnitte des Haushaltsplanes bekannt, worauf wir noch zurückkommen. Die Ratsherren stimmten der Haushaltsfassung zu.

Nachdem der Oberbürgermeister noch über den Plan der Errichtung einer Markthalle eingehend referiert hatte, wußte wir an anderer Stelle berichten, schloß er gegen 20 Uhr die Sitzung mit einem Siegesruf auf den Tag aus.

Turner auf zum Streite.

L. V. Rhede beslegt L. V. Bocholt im Geräteturnen. — Karl Diesfeld (Bocholt) bester Einzelturner. — Glänzend verlaufene Veranstaltung.

Unter der Devise

„Großkampf für das NSDAP.“

fand am vergangenen Sonntag in Rhede im großen Hengstmannschen Saale ein Geräteturnwettbewerb zwischen den beiden ersten Turnrängen des L. V. Bocholt und des L. V. Rhede statt. Mit dieser Veranstaltung war eine große Tombola verbunden. Der Reinertrag beider Veranstaltungen floss dem Winterhilfswerk zu. Vorweggenommen sei, daß die Veranstaltung in allen Teilen glänzend verlief. Bis auf den letzten Platz war der Saal besetzt und diesem finanziellen Erfolg stand der sportliche in keiner Weise nach. Was die Turner an den Geräten zeigten war vollendete Turnkunst und die überaus beifallsfreudige Aufnahme bei den zahlreichen Besuchern mag dem L. V. Rhede gezeigt haben, daß das Verständnis für die edle deutsche Turnkunst in Rhede recht groß ist. Auch die beiden Jugendränge der genannten Vereine zeigten prächtige Leistungen und wußten alles zu begeistern.

Nach einleitenden Begrüßungsworten durch den Vereinsführer B. Große Benhaus begann man gleich mit der Abwicklung des sportlichen Programms.

Der Gerätewettbewerb

verlief äußerst abwechslungsreich und brachte die richtige Spannung bei den Besuchern. Rhede erlöst im Gesamtergebnis einen schönen und verdienten Sieg über den Bocholter Bruderverein. Während Bocholt bei den Freibüchsen und beim Pferdchen einen knappen Vorsprung errang, machten die Rheder dieses durch ihre geradezu glänzenden Leistungen am Reck wett. Sie konnten sogar die Führung erzielen, die man im weiteren Verlauf auch nicht mehr abgab. Im einzelnen gab es folgende Punktziffern: Freibüchsen: Bocholt 94,5, Rhede 93 Punkte; Pferdchen: Bocholt 94,5, Rhede 93 Punkte; Barren: Bocholt 87, Rhede 91,5 Punkte; Reck: Bocholt 80,5, Rhede 95,5 Punkte.

Das Gesamtergebnis

Rhede siegte mit 737 Punkten vor Bocholt mit 715,5 Punkten. In dem Wettbewerb der Jugendränge drehten die Bocholter den Spieß um und schlugen im Gesamtergebnis die Rheder Jugendränge mit 570,5 Punkten gegenüber 565,5 Punkten.

Den besten Einzelturner stellten die Bocholter mit Karl Diesfeld dar, der es auf 135,5 Punkte brachte.

Die Ränge der Einzelleger.

Turner: 1. Karl Diesfeld, Bocholt, 135,5 Pkt., 2. Jol. Sahlmann, Rhede, 133,5 Pkt., 3. Willi Hovestadt, Rhede, 125 Pkt., 4. Paul Schlaukötter, Bocholt, 124 Pkt., 5. Völfring, Bocholt, 122,5 Pkt.
Jugend: 1. Friedel Klein-Sitpaß, Rhede, 108,5 Pkt., 2. Böhle, Bocholt, 102,5 Pkt., 3. Benning, Bocholt, 102 Pkt., 4. Ludwig, Bocholt, 96 Pkt., 5. Sieverding, Rhede, 96 Pkt.

Die Kampfrichter Ederz und Wolf Bocholt sowie Frent und Bennemann Rhede hatten bei den ausgeglichenen Leistungen kein leichtes Amt, entscheidend für die Aufgabe zu aller Zufriedenheit. Umrahmt wurde dieser Wettkampf durch Darbietungen der Turnerinnen und sonstigen Abteilungen des gastgebenden Vereins. Hier wäre besonders der Volkschor „Bei der blonden Kathrein“ der Turnerinnen zu erwähnen. Die Feuerwehrtabelle Rhede meisterte mit gewohntem Schneid den musikalischen Teil des Abends. Vereinsführer B. Große Benhaus nahm die Siegerehrung vor und dankte hierbei gleichzeitig allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hätten. In der anschließenden großen Verlosung war vielen das Glück

hold und beschenkt sie mit schönen und praktischen Gewinnen. Ortsamtsleiter der NSD. P. Wegmann unterließ es nicht, in einem kurzen Schlusswort dem Turnverein und besonders den Besuchern und Gästen den Dank der NSD. für ihre Bereitschaft im Kampf gegen Hunger und Kälte auszusprechen. Mit einem Siegesruf auf den Führer und Ränge und dem Absingen der nationalen Lieder fand die Veranstaltung ihren Ausgang.

Amt Rhede

Ruchloser Naturfrevler.

50 Alceebäume beschädigt.

1. An den Bäumen in der Allee des sogenannten „Naturbusch“ wurde in den letzten Tagen ein ruchloser Naturfrevler verübt. Spaziergänger machten hier die Feststellung, das von unbekannter Hand etwa 50 Bäume mit einer Fackel oder sonstigem scharfen Gegenstand an der Rinde schwer beschädigt worden waren. Die Polizei ist eifrig bemüht, den Täter namhaft zu machen. Hoffen wir, daß es ihr gelingt, den Täter zu erwischen, damit die Tat eine gerechte Sühne findet. An dieser Stelle sei nicht vergessen, alle Eltern und Erzieher aufzufordern, durch rechtzeitige Aufklärung und Warnung im Natur- und Tiergenuß tatkräftige Mitarbeit zu leisten. Es geht nicht an, daß unsere Natur durch gewissenlose Elemente verschandelt wird. Die Tat ist umso bedauerlicher, als die Gemeinde Rhede in Verbindung mit Frau Fabrikant Essing in absehbarer Zeit die Neuanpflanzung junger Bäume an den verschlechten Stellen unterer Gemeinde ins Auge gefaßt hat. So sollen junge Rothbuchen, rotblühende Kastanien, Rotelchen usw. angepflanzt werden. Dadurch würde das Dorfbild eine wertvolle Verschönerung erfahren. Man kann es aber verstehen, wenn jetzt die beteiligten Kreise mit gemischten Gefühlen an die Pflanzungsarbeiten denken, liegt doch die Gefahr nahe, daß auch die jungen Anpflanzungen, die das Herz eines jeden Natur- und Gartenfreundes mit großer Freude erfüllen werden, freventlich vernichtet oder beschädigt werden. An alle Bewohner des Amtsbezirks und der Umgegend ergoht daher die Bitte, das lobenswerte Beginnen der Gemeinde Rhede und Frau Fabrikant Essing zu unterstützen und die Naturanlagen unter ihren Schutz zu stellen. Jeder aber, der Naturfrevler verübt und sei es auch nur unbedacht, ist ein Volksfeind und verdient die Strafe.

Die besten Ergebnisse des Jahres.

Die letzte Strahensammlung für das Winterhilfswerk zeitigte im Amtsbezirk Rhede ein glänzendes Ergebnis. Wieder einmal stellte die Bevölkerung des Amtes ihre Opferfreudigkeit unter Beweis, wurden doch in allen Ortsgruppen die besten Ergebnisse des Jahres und in Verbindung mit Rhede sogar die besten seit Beginn des W H W überhaupt erzielt. In Rhede und Barbingholt erreichte die Summe der gesammelten Gelder fast das Doppelte des letzten Monats. Die Sammlung selbst ergab in Rhede 290,02 M., in Barbingholt 110,45 M. und in Rastberg 63,48 M., insgesamt also wurden 463,95 M. gesammelt. Den Sammlern der Deutschen Arbeitsfront, die unermüdet tätig waren, und den freudigen Spendern sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

1. Vom Standesamt Rhede liegen für den Monat Februar folgende Zahlen vor: Geburten verzeichnete man 15 (20), Sterbefälle 9 (4), Trauungen wurden im Februar nicht vollzogen. Die Zahlen in Klammern

geben die Vergleichsziffern vom Vormonat an.

2. Auf dem Fundament wurde in den letzten Tagen ein Gelbmetall als gefunden angemeldet. Einmalige Verlierer können ihre Ansprüche auf dem Amtshaus zu Rhede geltend machen.

Aus Dingden.

1. Gutes Sammelergebnis. Die am letzten Sonntag durchgeführte Sammlung erbrachte das Ergebnis von 156,95 RM. Davon entfielen auf die Strahensammlung 56,95 RM. Der Rest von 100 RM. ist der Erlös aus dem Plakettenverkauf.

2. Straßenbau. — Ueberhöhung der Kurve. Zurzeit ist man damit beschäftigt, die gefährliche Kurve an der Ecke Freemann — Meteling zu überhöhen. Wie verlautet, soll die Aufsenkurve etwa einen halben Meter höher gelegt werden. Es ist dies eine begrüßenswerte Maßnahme, zumal da die Kraftwagen auf der bisherigen ebenen Straße sehr leicht ins Rutschen kamen. Erst Ende der vergangenen Woche passierte dies einem Kraftwagenführer aus Hamminkeln. Dabei kippte die Ladung, die aus 4 Zentner schweren Papierballen bestand, herunter und durchschlug das Einfahrstor des Hauses Deders. Das zweijährige Söhnchen des Stellmachers Deders wurde dabei verletzt. Außerdem wird eine Straße der Straße nach Ringenberg zu mit einer neuen Decke versehen.

3. Aus der Polizeimappe. Bei der letzten Feuerchau wurden verschiedene Mängel festgestellt. Die infrage kommenden Hausbesitzer wurden gebührendst darauf hingewiesen. Wir weisen darauf hin, daß derartige Mängel unbedingt behoben werden müssen, wenn empfindliche Strafen vermieden werden sollen.

4. Ein neuer Meister. Der Schreiner Hermann Nienhaus aus Rankern bestand vor der Prüfungskommission in Detmold seine Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“. Dem neuen Meister herzlichen Glückwunsch!

Stadt Anholt.

a. Betriebsunfall. Der Formerlehrling Fritz N. von hier erlitt auf der Iffelsburger Hütte einen bedauerlichen Unfall. Beim Ausgießen einer Form kippte die Pfanne um, wobei flüssiges Eisen in seine Schube drang, was schwere Verbrennungen zur Folge hatte. Er wurde mit dem Krankenwagen ins hiesige Krankenhaus gebracht.

a. Der Verkauf der Nargissen und die Strahensammlung für das W H W wurde hier durch die Deutsche Arbeitsfront und durch die NSDAP-Amtswalter durchgeführt. Das Resultat dieser letzten Sammlung war recht erfreulich und zeigt den unverminderten Opferinn der Anholter Volksgenossen. Es wurden verkauft 400 Nargissen für RM. 80,—; die Strahensammlung brachte außerdem einen Ertrag von RM. 51,70.

a. Die Anholter Weisfallen hatten am Sonntag die „Preußen“ aus Buschhausen zu Gast und konnten das Spiel mit 1:0 für sich entscheiden. Die Gäste brachten eine ungemein harte Note in das Spiel. Einige Handgreiflichkeiten wären besser unterblieben.

Vom Niederrhein.

Iffelsburg

Ein Schmuckstück der kath. Kirche.

2. Der neue Altar in der kath. Pfarrkirche, über dessen Aufstellung wir schon berichteten, wurde unter

einem doppelten Gesichtspunkt geschaffen. Zunächst galt es, die architektonischen Linien des Chores, die durch grobe Apostelkaryatiden und durch einen nicht mehr zu restaurierenden Altar um ihre Wirkung gebracht wurden, wieder frei und groß hervortreten zu lassen. Sodann war der Uebelland zu beheben, daß durch die Türken in den Chorraum ein nicht satrales Element hineingetragen wurde. Diese Aufgabe löste der Künstler dadurch, daß er um den Thron, den er für das Allerheiligste schuf, an beiden Seiten Thronkaryatiden legte, die bis an die Chorbauwerke reichen. Das Chor kommt durch diese Lösung eine ganz grobe, die Kirche beherrschende Wirkung, die noch dadurch erhöht wird, daß die Farben von Chorbauwerken und Altar, Eisenblei, Rot und Gold, in meisterhafter Weise zu einem wunderbaren Eindruck aufeinander abgestimmt sind. Altar und Chorraum wirken überaus feierlich, ruhig und erhebend auf das Gemüt des Betrachters ein. Ein wahrhaft satrales Raum, ein Heiligtum des Allerhöchsten! Im einzelnen sei darauf hingewiesen, daß die Linien des Altars sich streng einfügen in die schlanke, hochstrebende Architektur des Chorraumes. Die Chorkaryatiden lösen sich nach oben auf in einer reich ausgeführten Leuchterkappe. In der ganzen Anlage kehrt immer wieder das Motiv der anbetenden Engel wieder, in der verschiedensten Art, aber immer gleich künstlerisch wie auch einfachem, schlichtem Empfinden entsprechend. Der Altar findet in der Gemeinde große und freudige Anerkennung. Diese steht dem Schöpfer des Ganzen, dem Bildhauer Gerd Brüg in Rhede, zu dauerndem Dank verpflichtet.

3. Der Haushaltsvoranschlag der Stadtgemeinde Iffelsburg für das Rechnungsjahr 1936 liegt ab heute 14 Tage lang auf dem hiesigen Bürgermeistereiamt während der Dienststunden zur Einsicht der Gemeindeeingesessenen offen.

4. Vom Standesamt. Im Monat Februar 1936 gemeldet auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 4 (2) Geburten, 2 (0) Sterbefälle und 3 (1) Heiraten. Die eingetragenen Zahlen gelten für Februar 1936.

5. Festgenommen. Durch die Wachsamkeit eines SA-Mannes konnte seitens der Zollbehörde ein holländischer Hausierer festgenommen werden, der seinen Gewerbebescheinigung und obendrein holländische Waren anbot.

Hamminkeln

Die Molkerei-Genossenschaft Hamminkeln

hielt ihre Jahreshauptversammlung in der Friedenshalle. Der Vorsitzende Dertmann begrüßte und leitete die Versammlung. Nach den üblichen Formalitäten verlas er den Revisionsbericht. Geschäftsführer Witten gab den Geschäftsbericht, aus dem manches erwähnenswert ist: Von den 1803 Milchkuhen der 336 Mitglieder wurden 1935 4 885 192 Liter Milch mit 3,19 Prozent Fettgehalt geliefert. Durchschnittliche Tagesleistung 13 383, höchste 20 620 und niedrigste 9264 Liter. Durchschnittliche Leistung pro Kuh 3042 Liter. Bei gleichbleibender Kuhzahl wurden im Jahre 1935 254 732 Liter mehr geliefert als im Vorjahre. Als Fettmilch wurde 37,45 Prozent in den Verkehr gebracht, der Rest wurde verarbeitet. Auch der Durchschnittsfettgehalt wurde von 3,14 Prozent auf 3,19 Prozent gesteigert. Die Bilanz wurde angenommen. Der Reingewinn von 7000 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die aus dem Aufsichtsrat und Vorstand austretenden Mitglieder wurden wiedergewählt. Für die zurücktretenden Mitglieder wurden Schröder (Blumenkamp) und Terhappen (Hamminkeln) gewählt. Die Milchan- und -abfuhr bleibt wie bisher geregelt. Nach Verhandlungen mit der Gemeinde sollen einige Ruten Land vor der Molkerei gekauft werden. Zur Milchleistungspflichtkontrolle sprach Dr. Fraze, Krefeld. Ab 1. April wird diese in Hamminkeln auf Anordnung des Landesbauernführers eingeführt.

Im Schein der Kirchenkerzen



Stehen aus weitem Mantel, reich mit Gold gezierter, Ulmen-Schnittmuster K-M 4776

Rangreiches festliches Kleid für eine kleine Kommunionantin, Ulmen-Schnittmuster K-M 4775

Reiches, festliches Kleid für eine kleine Kommunionantin, Ulmen-Schnittmuster K-M 4777

Die Eindringtiefe einer kirchlichen Feier wird wohl für jedes junge Gemüt verstärkt, wenn bei dieser Gelegenheit ein besonders festliches Kleid der Würde des Tages Rechnung trägt. Ob es ein weißes Kleid ist, in dem eine kleine Kommunionantin zur katholischen Feier erscheint, ob das ernste Schwarz die ältere Konfirmandin an die Bedeutung ihrer Aufnahme in die Gemeinschaft der evangelischen Kirche mahnt, jedes der jungen Menschenkind soll das Gefühl seines persönlichen Werts und seines persönlichen Einflusses haben. Den Mänteln liegt begründeterweise außerdem daran, daß das Mädchen, auf dem heute viele Blicke ruhen, gut und richtig angezogen ist.

Je nach der Ortsgröße trägt das Mädchen im Alter zwischen sieben und elf Jahren zur ersten heiligen Kommunion ein kurzes oder ein langes Kleid. Reist nimmt man jetzt Matronenkleider dafür, aber auch keine Wolle, Kunstseide oder Wollschleier kommen in Frage. Das lange Kleid hat Schürzen, kann dabei aber sehr streng und feierlich mit runder Taille, Knopfschluß und Krageleinen gearbeitet werden. Die kurzen Kleider, die man später als Sommerkleider weiter trägt, sind ganz wie diese mit glänzenden Falben, Spitzen oder großen Schürzen ausgefattet.

Bei den Konfirmandinnen handelt es sich um größere Mädchen, schon Fräuleins mit ihren vierzehn bis sechzehn Jahren. Ihre schwarzen Kleider entsprechen daher bereits der Damenmode. Man sieht die Kleider aus Seide, vor allem aus den matten Kunstseiden. Auch stellt man gern die glatte und die stumpfe Seite einer revidierten Kunstseide zu einem Konfirmationskleid zusammen. Das Kreuz an langer Kette, jetzt wieder ein in der Mode recht begehrter Schmuck, steht auf dem Schwarz eines Einsegnungskleides ganz besonders festlich und sinnvoll aus. Es macht sogar jede weiße Garnitur überflüssig, auf die viele sonst aus Kleidungsgründen nicht verzichten mögen.

Auch die hier gezeigten drei Kleider können auf Wunsch mit weichen Kragen gearbeitet werden. Zu dem ersten Kleid würde ein Schultertrager aus Tupfenmull mit kleinem Stehbündchen gut ausfallen. Dem mittleren Kleid, das in seiner Macht eleganter ist, stünde ein großer Kragen aus Spitze ausgerechnet. Und bei dem dritten kleiden Kragen und Jabot sich genau so gut aus weichen Satin wie aus der schwarzen Kleiderseide herstellen. Allerdings genügt es, wenn bei dem ersten Kleid nur die Kragengraben aus weißer Seide sind. M. C.



Einsegnungskleid mit runder Taille und Schürzen, Ulmen-Schnittmuster K-M 4778

Aus doppelseitiger Seide, matt und glanz, ein kleines Konfirmationskleid, Ulmen-Schnittmuster K-M 4779

Reiches, festliches Kleid für eine kleine Kommunionantin, Ulmen-Schnittmuster K-M 4780

Der Krieg für Abessinien verloren?

ungeheures Tempo treibt große Aktion an der Schläg folgten die letzten die gesamte Kriegslage werden verändert. In die den abessinischen den M b a r a d a g e t a unter ungeheurer der Bormarich auf den waltigen Bergmassen imen konnten. Zu gleich schmernde nationale die fünfzig und mehr hat betreten lassen, die tungs ihres ohnmächtigen tärlichen Erfolg einste

(Fortsetzung)